

ZEITGESCHICHTE

Unter Pastorentöchtern

Egon Bahr, Intimus von Kanzler Willy Brandt (SPD) und Staatssekretär im Kanzleramt, hat laut Stasi-Dokumenten 1972 mit einem DDR-Unterhändler über Bestechung und Erpressung von Bundestagsabgeordneten verhandelt. Brandt sollte auf diese Weise im Amt gehalten werden. Oppositionsführer Rainer Barzel (CDU) wollte Brandts Ostpolitik kippen und den Regierungschef durch ein konstruktives Misstrauensvotum mit Stimmen von Überläufern der SPD/FDP-Koalition stürzen. Ost-Berlin hingegen setzte auf Brandt. DDR-Funktionär Hermann von Berg schlug bei einem Treffen mit Bahr am 21. März „Maßnahmen gegen die CDU/CSU“ vor: „Bestimmte Abgeordnete“ sollten „finanziell“ beeinflusst werden. Nach Stasi-Angaben beriet sich Bahr mit Brandt und Kanzleramtschef Horst Ehmke und erklärte Tage später: „Das sage ich nur unter uns Pastorentöchtern, das muss absolut



Brandt, Bahr 1972

verschwiegen bleiben. Wir sind mehreren Spuren nachgegangen, um zu prüfen, ob sich solche Möglichkeiten ergeben. Wir hatten das ernsthaft vor, aber wir sind gerade noch rechtzeitig zurückgezuckt, es waren nur gestellte Fallen.“ Bahr und Berg berieten laut Stasi auch eine Erpressung durch belastende „Dossiers“, etwa zur NS-Vergangenheit einzelner Abgeordneter. Bahr soll dies mit dem Hinweis abgelehnt haben, „wenn die Bundesregierung Dossiers hätte, dann hätte sie davon schon längst Gebrauch gemacht“. Einige Wochen später allerdings erzählte Bahr nach Stasi-Version, dass die Opposition versuche, „Stimmen

mit Angeboten von einer halben Million zu kaufen. Die Regierung würde mit denselben Mitteln arbeiten“. Ein Eingreifen der DDR sei „nicht nötig, was möglich wäre, würde versucht“. Berg, 80, sagt heute, er habe nach West-Gesprächen Vermerke geschrieben, die zu meist in Kopie an die Stasi gingen. Bei den vorliegenden Papieren handelt es sich demnach um die Auswertung von Bergs nicht überlieferten Originalvermerken. Historikerin Daniela Münkler von der Jahn-Behörde

hat die Unterlagen für ihr Buch „Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt“ analysiert. Barzel verfehlte in der geheimen Abstimmung am 27. April 1972 die Mehrheit. Gerüchte über Zahlungen an Abgeordnete gab es schon damals. Erwiesen ist bislang, dass die Stasi einen CDU-Abgeordneten gekauft hat, damit er für die Regierung Brandt stimme: Julius Steiner.

Berg wie auch Bahr, 91, und Ehmke, 86, haben nach eigenen Angaben keine Erinnerung an die Gespräche im Frühjahr 1972. Mit einer Bestechung von Abgeordneten hätten sie nichts zu tun gehabt.

KOLUMNE

Versteinerung, überall

Von der nächsten Woche an wird es in Deutschland eine geschäftsführende Regierung geben. Endlich! Endlich führt wieder jemand die Geschäfte, möchte man ausrufen. Die schwarz-gelbe Koalition wirkte ja zuletzt weitgehend untätig. Andererseits gilt für eine geschäftsführende Regierung das „Versteinerungsprinzip“, und das lässt nichts Gutes hoffen. Wenn sich am 22. Oktober der neue Bundestag zum ersten Mal versammelt, endet die reguläre Amtszeit der Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Von da an führt Merkel eine provisorische, also nur geschäftsführende Regierung. Für die gelten besondere Regeln, zum Beispiel das Versteinerungsprinzip. Kein Scherz, den Begriff verwenden die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags.

Vordergründig ist damit gemeint, dass Merkel ihre Minister nicht beliebig austauschen darf. Tritt jemand zurück, könnte niemand von außerhalb des Kabinetts nachrücken. Die Bundeskanzlerin dürfte nur amtierenden Ministern das verlassene Ministerium übertragen.

Zum Versteinerungsprinzip gibt es eine breite, aber weitgehend unbeachtete Debatte. Die Amerikaner unterscheiden interessanterweise zwischen der historisch-teleologischen und der grammatisch-historischen Methode. In dem lesenswerten Standardwerk „Österreichisches Staatsrecht – Band 1: Grund-

lagen“ heißt es: „In methodologischer Hinsicht ist das Versteinerungsprinzip als eine Auslegungsmaxime anzusprechen, die der Rekonstruktion von Ordnungsvorstellungen des historischen Verfassungsgesetzgebers dient.“ Felix Austria, kann man da nur sagen.

Aus deutscher Sicht ist anzusprechen, dass „Versteinerungsprinzip“ heimlich zu einer universellen Vokabel des politischen und gesellschaftlichen Lebens geworden ist. Zuletzt spielte sie am Wahlabend eine größere Rolle, kurz nach 18 Uhr, als man in die Gesichter der Parteiführungen von SPD, FDP und Grünen sah. Überall Versteinerungen.

In Wahrheit gilt dieses Prinzip in Deutschland schon lange, mindestens seitdem Angela Merkel regiert. Zu größeren Reformen konnte sie sich nicht aufraffen, an leidenschaftlichen Debatten ist ihr nicht gelegen, und wenn sie nicht eine ihrer berühmten Grimassen schneidet, ist ihre Mimik ungefähr so lebendig wie jene der vier amerikanischen Präsidenten, deren Gesichter in den Fels des Mount Rushmore geschlagen sind. Merkel ist die Meisterin des Versteinerungsprinzips.

Es ist auch ein treffender Begriff für eine alternde Gesellschaft. Hier spricht die Fach-

literatur alternativ vom „Verknöcherungsprinzip“. Der „Brockhaus“ definiert „Versteinerung“ als „Vorgang der Fossilisation“. Auch das gilt für die Rentnerrepublik Deutschland. Mit diesen Erkenntnissen ist es dann leicht vorherzusagen, wie die neue Bundesregierung aussehen wird. Schwarz-Grün wäre neu, klingt nach Aufbruch, wäre also ein Verstoß gegen das Versteinerungsprinzip. Mit Schwarz-Rot dagegen können wir herrlich weiterfossilisieren.

Dirk Kurbjuweit

Schwarz-Grün wäre neu, klingt nach Aufbruch.